

Wien, am 25. April 2012

An die Damen und Herren Abgeordneten des besonderen Ausschuss zur Vorberatung des Volksbegehrens Bildungsinitiative

**Betrifft: Ausschusssitzung zum Themenbereich „Pädagogen/-innen-Ausbildung“ am 7. Mai 2012**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Mit der Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres wurde der Kindergarten zur ersten und damit äußerst wichtigen außerhäuslichen Bildungseinrichtung für alle Kinder. In einem bundesweit gültigen Bildungs-Rahmenplan wurden jene elementarpädagogischen Bildungsziele, die den heutigen Anforderungen entsprechen, festgehalten. Die derzeitige Ausbildung von KindergartenpädagogInnen wird diesen Ansprüchen nicht mehr gerecht.

Im Koalitionsabkommen der beiden Regierungsparteien ist daher nachzulesen: *„Die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen soll aufbauend oder ergänzend zu den Bundesbildungsanstalten für Kindergartenpädagogik an den Pädagogischen Hochschulen bis hin zur Einrichtung von Bachelor-Studiengängen weiterentwickelt werden.“*

**Die elementarpädagogische Community erwartet, dass dies endlich umgesetzt wird!**

Die Empfehlungen der ExpertInnengruppen der PädagogInnenbildung NEU haben uns mit großer Hoffnung erfüllt.

Die ersten Schritte zur Umsetzung lassen aber den Schluss zu, dass die Ausbildung von KindergartenpädagogInnen wieder hinausgeschoben wird.

Wir wissen, dass der Weg von der bisherigen Ausbildung auf der Sekundarebene ein längerer ist. Das darf aber nicht bedeuten, dass deshalb mit der Umsetzung später angefangen wird.

Daher unser Appell an Sie, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete:

- Treten Sie dafür ein, dass die Empfehlungen der ExpertInnengruppen „PädagogInnenbildung NEU“ auch für die **KindergartenpädagogInnen** rasch umgesetzt werden.
- Setzen Sie sich dafür ein dafür ein, dass der **Kindergarten** endlich zu einer den **Schulen gleichwertigen Bildungseinrichtung** mit **bundesweit gesetzlich geregelten Rahmenbedingungen** und allen **dienst- und besoldungsrechtlichen Konsequenzen** wird.

- Als Verein, der sich speziell für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung und deren Eltern/ Angehörigen einsetzt, ersuchen wir dringend um die **Umsetzung** der **UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen** sowie der **UN-Konvention über die Rechte des Kindes** und des **Inklusionsgedankens** – von der **Ausbildung der PädagogInnen** angefangen bis hin zur **Regelung von pflegerischen und medizinischen Handgriffen** in der Betreuung, im Sinne der **Nichtdiskriminierung** und **Chancengleichheit**.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz Neumayer



(Vorstandsmitglied des Vereins ‚Gemeinsam Leben –  
Gemeinsam Lernen – Integration Wien‘)

Ergeht zur Information auch an:

Herrn Bundesminister Dr. Reinhold Mitterlehner

Frau Bundesministerin Dr. Claudia Schmied

Herrn Bundesminister Univ.-Prof. Dr. Karlheinz Töchterle